

Koalitionsvertrag

zwischen

SPD Ortsverein Niddatal

und

DIE LINKE Ortsverband Niddatal

Niddatal, den 16.04.2016

Inhalt

Präambel	3
§1 Dauer der Zusammenarbeit	3
§2 Art der Zusammenarbeit	3
§3 Bürgerbeteiligung	4
§4 Ziele der Koalition.....	4
Konsolidierung des Haushaltes bis 2017	4
Förderung der Vereine und der Kultur.....	4
Bürgerhäuser	4
Stadtbücherei	5
Alte Schule Kaichen	5
Grüne Lunge	5
Gollacker.....	5
Brunnenplatz Bönstadt.....	5
Kinderbetreuung	5
Jugendarbeit.....	5
Kinderspielplätze	5
Senioren	5
Flüchtlingshilfe	5
Wiederkehrende Straßenbeiträge	6
Wirtschaftsförderung	6
Öffentlicher Personennahverkehr.....	6
Kommunale Finanzen.....	6
Interkommunale Zusammenarbeit	6
Sozialer Wohnungsbau.....	6
Eigentum der Stadt.....	6
Public-Private-Partnership	7
§5 Weitergehende Themen.....	7
§6 Abschließende Vereinbarungen	7

Präambel

Die Kommunen in Deutschland tragen eine große Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dies ist auch in Niddatal klar feststellbar. Dieser soziale Zusammenhalt ist nach Auffassung der Parteien die Basis, um die vielschichtigen Aufgaben der Stadt nachhaltig sicher zu stellen. Umgekehrt ist sozialer Zusammenhalt ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich.

Dieser soziale Zusammenhalt ist aber ebenfalls die Basis, um extremistisches Gedankengut, gleich welcher Richtung, im Keim zu ersticken.

Die Parteien haben das gemeinsame Ziel, diesen sozialen Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit zu fördern und auszubauen.

Hierzu ist es erforderlich, den Bürgermeister und die Stadtverwaltung zu unterstützen und zu stärken. Wir stehen für eine unterstützende, gedeihliche und konstruktiv kritische Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt Niddatal.

§1 Dauer der Zusammenarbeit

Die SPD und DIE LINKE werden die gesamte Wahlperiode gemeinsam ihre Ziele verfolgen. Die Wahlperiode beginnt im April 2016 und endet voraussichtlich im Frühjahr 2021.

§2 Art der Zusammenarbeit

Die SPD und DIE LINKE erkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine effektive und konstruktive Kommunalpolitik wünschen. Um dies gewährleisten zu können, werden folgende Regeln vereinbart:

- Um politische Ziele verfolgen zu können bedarf es Mehrheiten im Parlament und in den Ausschüssen. Beiden Partnern ist klar, dass die Mehrheit nur mit einer Stimme vorhanden ist. Damit sind alle Parlamentarier verpflichtet, alle Sitzungen zu besuchen. Hiervon kann nur bei besonderen Gründen abgewichen werden.
- Zur Vorbereitung des Ältestenrates und der Stadtverordnetenversammlung werden gemeinsame Fraktionssitzungen abgehalten. In diesen Sitzungen werden die Positionen zu den Themen ausgetauscht und gemeinsam beschlossen. Alle Entscheidungen werden einvernehmlich beschlossen. Es steht den Partnern darüber hinaus frei, weitere parteiinterne Sitzungen durchzuführen.
- Konnte in der Fraktionssitzung kein Einvernehmen hergestellt werden, wird in der Stadtverordnetenversammlung in keinem Fall mit anderen Parteien gegen einen Koalitionspartner abgestimmt. Enthaltungen sind erlaubt.
- Die gemeinsame Fraktionssitzung ist auch beschlussfähig, wenn ein Partner komplett verhindert ist. Eine Vertretung der Fraktionsmitglieder ist möglich.
- DIE LINKE ist derzeit nicht in den Ausschüssen vertreten. Die SPD wird im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss jeweils einen Sitz an DIE LINKE abtreten.
- Konflikte sind im gemeinsamen Gespräch intern zu klären. Im Konfliktfall steht das gesamthafte Wohl der Stadt im Vordergrund. Konflikte werden von den Partnern nicht nach außen getragen.

- Pressemitteilungen und Veröffentlichungen auf der Homepage, die die politische Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung betreffen, werden vorab zur Kenntnis gegeben. Eine Einflussnahme auf die Veröffentlichung steht dem Partner nicht zu

§3 Bürgerbeteiligung

Die SPD und DIE LINKE werden die Bürgerinnen und Bürger intensiv in politische Entscheidungen einbinden. Hierzu werden Informationsveranstaltungen zu allen relevanten Themen stattfinden. Relevant sind die Erschließung von Baugebieten, wesentliche Änderungen von Satzungen, Haushaltsberatungen inklusive der Konsolidierungskonzepte. Wenn die Relevanz weiterer Themen von den Partnern erkannt wird, werden auch zu diesen Themen Informationsveranstaltungen durchgeführt.

§4 Ziele der Koalition

Die Ziele der Koalition sind in folgenden Punkten zusammen gefasst. SPD und DIE LINKE sind sich einig, dass Ziele nicht immer in einem einzigen Schritt erreicht werden können. An manchen Stellen müssen mehrere Schritte getan werden, um das Ziel zu erreichen. Hier gilt der Grundsatz, auch im Hinblick auf die beschränkten finanziellen Spielräume, dass die Richtung entscheidend ist. „Wir gehen lieber kleine Schritte in die richtige Richtung, als mit großen Schritten finanziell zu scheitern.“

Konsolidierung des Haushaltes bis 2017

Die Konsolidierung des Haushaltes bis 2017 wird von beiden Parteien unterstützt. Nach 2017 wird das Haushaltssicherungskonzept neu verhandelt und die Schwerpunktsetzung neu diskutiert. Kommen jedoch neue, erhebliche Belastungen auf die Gemeinde zu oder brechen Steuereinnahmen in wesentlicher Größenordnung ein, sind sich beide Partner einig, nicht weitere Einschnitte in den freiwilligen sozialen Leistungen, die über das bestehende Konsolidierungsprogramm hinausgehen, vorzunehmen.

Die Partner sind sich einig, dass Maßnahmen im Konsolidierungsprogramm ergänzt oder auch ersetzt werden können, wenn sie den gleichen finanziellen Effekt erzielen.

Förderung der Vereine und der Kultur

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt fördern. Wir stehen für eine Förderung der Vereine und deren Jugendarbeit, von kulturellen Veranstaltungen, sowie des Ehrenamts. Finanzielle Zuschüsse sollen nach Erreichen des ausgeglichenen Haushaltes in Niddatal wieder ausgebaut werden.

Bürgerhäuser

Wir stehen für den Erhalt der Bürgerhäuser in allen Stadtteilen. Bürgerhäuser sind für die soziale Infrastruktur unserer Stadt sehr wichtig. Sie sind Kommunikationszentren und fördern die Vereinsarbeit. Den Abriss des Ilbenstädter Bürgerhauses und den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses lehnen wir ab. Den Beschluss zum Abriss werden wir rückgängig machen. Das mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete Nutzungskonzept wird 2016 in die Planung eingearbeitet. Die Realisierung erfolgt schnellstmöglich, jedoch darf eine mögliche Finanzierung durch das Stadtentwicklungsprogramm „Stadtumbau West“ nicht gefährdet werden.

Stadtbücherei

Wir stehen für den dauerhaften Erhalt der Stadtbücherei unter Beibehaltung einer hauptamtlichen Leitung. Die Stadtbücherei wird sehr gut angenommen und gehört für uns zur Grundausrüstung der sozialen Infrastruktur unserer Stadt.

Alte Schule Kaichen

Wir setzen uns dafür ein, dass das Amtshaus (Alte Schule) in Kaichen saniert und einer sinnvollen Nutzung zugeführt wird.

Grüne Lunge

Wir lehnen die Bebauung der „Grünen Lunge“ in Assenheim ab.

Gollacker

Wir sind für die Bebauung des „Gollackers“ in Assenheim. Wir streben an, 30% der Wohneinheiten als sozialer Wohnungsbau auszuweisen.

Brunnenplatz Bönstadt

Wir werden die Neugestaltung des Brunnenplatzes in Bönstadt bis Ende 2017 umsetzen.

Kinderbetreuung

Wir setzen uns für eine qualitätsvolle und den Anforderungen gerechte Kinderbetreuung ein. Langfristig sind sich die Partner einig, dass die Kinderbetreuung vom Land kostenfrei gestellt werden soll.

Mittelfristig soll auf Basis der Erfahrungen anderer Kommunen geprüft werden, in wie weit die Gebühren sozial gestaffelt werden können.

Jugendarbeit

Wir wollen, dass die offene Jugendarbeit schnellstens wieder arbeitsfähig wird. Es kann auch an einem zentralen Ort eine qualitativ hochwertigere, begleitete Jugendarbeit stattfinden. Jedoch sind dann Mobilitätsangebote für die Jugendlichen anderer Ortsteile zu schaffen.

Kinderspielplätze

Wir werden das Kinderspielplatzprogramm wieder aufleben lassen. Jedes Jahr soll ein Spielplatz im Stadtgebiet saniert oder erneuert werden.

Senioren

Wir werden die Zuschüsse zu Seniorenveranstaltungen nach Erreichen des ausgeglichenen Haushaltes in Niddatal wieder in den Haushalt einstellen.

Flüchtlingshilfe

Wir stehen für die Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe ein. Für die soziale Betreuung der Flüchtlinge werden wir ein Budget im Haushalt einrichten. Die Unterbringung von Flüchtlingen soll in allen Stadtteilen erfolgen. Damit Flüchtlinge und Bürgerinnen und Bürger einander kennenlernen können, werden Kulturveranstaltungen unterstützt, in deren Vorbereitung die Flüchtlinge mit einbezogen werden sollen.

Wiederkehrende Straßenbeiträge

Sollte sich die Partner für eine wiederkehrende Straßenbeitragssatzung entscheiden, werden wir sie auch umsetzen.

Wirtschaftsförderung

Damit neue Arbeitsplätze entstehen wollen wir dafür sorgen, dass sich in Niddatal weitere Gewerbetreibende und Unternehmen ansiedeln und bereits angesiedelte Betriebe die bestmögliche Unterstützung erfahren.

Öffentlicher Personennahverkehr

Wir sehen in einem gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einen wichtigen Faktor für die Attraktivität unserer Stadt und die gesellschaftliche Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es soll ein Stadtbusverkehr in Niddatal entwickelt werden, der alle Stadtteile verbindet und damit die kleineren Stadtteile aufwertet. Das Anrufsammeltaxi (AST) wird wieder eingeführt.

Kommunale Finanzen

Wir fordern das Land Hessen auf, für eine gute Ausstattung der kommunalen Finanzen zu sorgen, damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden und für eine gute Infrastruktur sorgen können. Die hessischen Kommunen gehören zu den finanziell schlecht ausgestatteten Kommunen in Deutschland. Dies zeigt sich auch in Niddatal, unsere Stadt hat kein Ausgabeproblem, wir sehen keinen Luxus, der eingespart werden kann. Das solide und vorausschauend gewirtschaftet werden muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Interkommunale Zusammenarbeit

Wir wollen, dass die interkommunale Zusammenarbeit noch stärker als bisher vorangetrieben wird, um die Verwaltung effizienter zu machen. Die interkommunale Zusammenarbeit soll die Qualität der Verwaltung steigern und Kompetenzzentren herausbilden. Sollten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Potentiale entstehen, die eine Reduzierung der Mitarbeiter/innen in der Stadt Niddatal nach sich ziehen würde, ist diese Personalreduzierung allenfalls durch die Nichtbesetzung vakanter Stellen zu realisieren.

Die interkommunale Zusammenarbeit wird von Mitarbeitern/innen auch die Übernahme von neuen, verantwortungsvollen Aufgaben mit sich bringen. Wir setzen uns dafür ein, dass Mitarbeiter/innen ihren Aufgaben entsprechend entlohnt werden und bei einer Veränderung der Aufgaben entsprechend für die neuen Aufgaben qualifiziert und entwickelt werden.

Sozialer Wohnungsbau

In zukünftigen Neubaugebieten sollen durchschnittlich ein Anteil von 30% sozial geförderte Wohnungseinheiten entstehen, damit auch Familien mit geringerem Einkommen in Niddatal leben können. Die Partner sind sich einig, dass die Schaffung bezahlbarer Wohnungen oberste Priorität hat. Um die Integration der finanziell schwächeren Bürgerinnen und Bürger zu fördern, werden soziale Wohnungen in Wohngebieten errichtet.

Eigentum der Stadt

Wir wollen das bestehende Eigentum der Stadt nicht weiter veräußern. Das Eigentum gehört allen Bürgern und darf nicht für den kurzfristigen Gewinn verkauft werden. Ausnahmen sind nur dann möglich, wenn für die Gemeinde ein wesentlicher Mehrwert entsteht. Diesen Mehrwert sehen wir

z.B. bei der Erschließung von Baugebieten und einzelnen Baugrundstücken, jedoch nicht bei der Veräußerung von Immobilien, bestehender Infrastruktur und Waldbeständen.

Public-Private-Partnership

Public-Private-Partnership lehnen wir grundsätzlich ab. Insbesondere in den Fällen, in denen Infrastruktur oder Immobilien an einen Dritten veräußert werden, die aber weiter betrieblich genutzt werden sollen.

§5 Weitergehende Themen

Im Rahmen der Wahlperiode wird es vielschichtige Themen geben, die jetzt noch nicht bekannt sind und für die es zum Zeitpunkt der Unterschrift keine abgestimmte Lösung gibt. Die Parteien sind sich darüber bewusst, dass stets Lösungen im Sinne der Stadt und zum Wohl der Bürger gefunden werden müssen.

SPD und DIE LINKE sind beides Parteien, die auch in anderen, übergeordneten Parlamenten vertreten sind. SPD und DIE LINKE werden ihr politisches Gewicht in der Koalition jedoch ausschließlich für die Belange der Stadt Niddatal einsetzen. Sollten übergeordnete Gremien Einfluss auf SPD oder DIE LINKE in Niddatal nehmen wollen, ist der jeweilige Partner zeitnah zu informieren.

§6 Abschließende Vereinbarungen

Dieser Vertrag beschreibt Ziele. Die Ziele können auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden. Die SPD und DIE LINKE sind sich im Klaren, dass auch Differenzen über den Weg entstehen können. Von beiden Seiten wird die notwendige Toleranz aufgebracht, um den Weg des Partners mit zu tragen.

Für DIE LINKE Niddatal

Für SPD Niddatal

Rudi Kreich

Erhard Reiter

(Vorsitzender Ortsverband)

(Vorsitzender Ortsverein)

Rolf Lamade

Achim Saßmannshausen

(Fraktionsvorsitzender)

(Fraktionsvorsitzender)